

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



**Dagmar
Enkelmann**



**Wolfgang
Nešković**



**Kirsten
Tackmann**



**Diana
Golze**



**Thomas
Nord**



**Sabine
Stüber**

»Sie entscheiden heute über Leben und Tod«



DIE LINKE hat geschlossen gegen die Verlängerung des Kriegseinsatzes und gegen die Truppenaufstockung gestimmt, die heute mit der Mehrheit von Union, SPD und FDP beschlossen wurde - bei 429 Ja-, 111 Nein-Stimmen und 46 Enthaltungen. Am Ende der Rede von Christine Buchholz haben die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE still der Opfer des NATO-Bombardements bei Kundus am 4. September 2009 gedacht.

Einzelheiten der Abstimmung auf Seite 12

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Staatlich organisierte Nachsicht für Steuerkriminalität beenden

von Wolfgang Nešković

Die Debatte um den Ankauf einer CD mit geklauten Daten von Steuerkriminellen zieht immer weitere Kreise. Das ist gut so. Steuerkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Sie verdient alle Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Staates.

Denn Steuerkriminelle schädigen das Gemeinwesen in seinem Kern. Diese Menschen lassen sich in der Regel kostenfrei in Deutschland ausbilden, nutzen die Infrastruktur und genießen die große Sicherheit auf unseren Straßen. Zeitgleich entziehen sie diesem Staat, dessen Vorteile sie ihr Leben lang auskosten, das Geld, das er zum Handeln benötigt. Dieses Verhalten ist in höchstem Maß asozial, zeugt von Verantwortungslosigkeit und Respektlosigkeit gegenüber dem Gemeinwesen.

Dennoch behandelt der Staat Steuerkriminelle mit Nachsicht. Steuerkriminalität wird als "Steuerhinterziehung" verniedlicht, Steuerkriminelle zu "Steuerständern" heruntergespielt. Derselbe Geist ermöglicht es, dass Steuerkriminelle bei einer Selbstanzeige gänzlich straffrei bleiben. Sie müssen dann nur die Steuerschuld und Zinsen an den Staat zahlen - werden aber ansonsten in keiner anderen Weise bestraft.

So viel Nachsicht kennt der Staat bei keinem anderen Delikt. Die Straffreiheit bei Selbstanzeige von Steuerkriminalität ist ein Fremdkörper

im deutschen Strafrecht. Deshalb ist die Rechtfertigung dieses Umgangs mit Steuerkriminalität auch seit Jahrzehnten umstritten.

Aus meiner Sicht gehört die Straffreiheit für "reue" Steuerständern abgeschafft. Die Forderung, diese Straffreiheit abzuschaffen, ist gerade jetzt aktuell. Viele Steuerkriminelle haben dieser Tage kalte Füße und erstatten Anzeige gegen sich selbst. Strafmilderung sollte bei Selbstanzeige zwar weiterhin möglich sein - und doch muss es eine Strafe neben Geldzahlungen geben, die Steuerhinterzieher tatsächlich schmerzt. Die Nachzahlung selbst ist ja zumeist kein spürbares Problem für die oft sehr vermögenden Steuerkriminellen.

Wichtig wäre ein grundlegender Verhaltenswandel des Staates. Er muss endlich ernst machen mit der Verfolgung von Steuerkriminalität. Es sollten viel mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder eingestellt werden. Davon gibt es momentan deutlich zu wenige - obwohl allein ein Betriebsprüfer pro Jahr im Schnitt eine Millionen Euro an zusätzlichen Steuern eintreibt. Das wäre ein lohnendes Geschäft für den Staat - und zudem notwendig, um den Kampf gegen Steuerkriminalität ernstzunehmend ausfechten zu können.

In dieser Ausgabe:

Seite 2: Staatl. Organisierte Nachsicht beenden
Wolfgang Nešković

Seite 3: Landwirtschaft muss zum Klimaschutz beitragen
Kirsten Tackmann

Seite 4: Kein Schleusenbau in Kleinmachnow
Diana Golze

Seite 5: Solidarität mit Streikenden in Griechenland
Thomas Nord

Seite 6: Beiderseits der Oder
Sabine Stüber

Seite 7: Mich brauchen Sie nicht zu bezahlen
Dagmar Enkelmann

Seite 8+9: Pressemitteilungen u. Reden der Landesgruppenmitglieder

Seite 10+11+12: Parlamentarische Initiativen und Abstimmung

Seite 13+14: Kontakt

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Landwirtschaft muss (und kann) aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten!

von Kirsten Tackmann

Am Montag fand im Bundestag eine seltene Veranstaltung statt: Die Ausschüsse für „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ und „Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ luden – initiiert von der LINKEN – gemeinsam zu einer Anhörung „Landwirtschaft und Klimaschutz“ ein. Unsere Befürchtung, dass auf die komplizierten Fragen zur Land- und Forstwirtschaft als Geschädigte und gleichzeitig Mitverursacherin des Klimawandels allzu einfach und populistisch Antworten gegeben werden könnten, erwiesen sich als unbegründet.

Die geladenen Sachverständigen machten deutlich, dass es ein „weiter so“ in der Landwirtschaft nicht geben kann. Sie muss sich an klimatische Veränderungen – beispielsweise Trocken- oder Salzprobleme der Böden – anpassen. Aber muss auch dazu beitragen, sie zu begrenzen. Doch was können Landwirtinnen und Landwirte konkret dazu leisten und wie können sie dazu bewegt werden?

Hierfür müssen meiner Meinung nach die EU-Agrarsubventionen zielgenauer eingesetzt werden. Wir LINKE fordern ihre Bindung an soziale und eben auch ökologische Kriterien. Wer beispielsweise Grünland – also Wiesen und Weiden – schützt, der bindet



durch den Humus Kohlenstoff im Boden. Bei dieser Diskussion, so bestätigten die Experten unsere Position, geht es nicht um „groß oder klein, intensiv oder extensiv, Bio oder konventionell“. Wir brauchen ein Umdenken auf jedem Hof, jedem Acker, in jedem Stall. Dazu gehört z. B. auch über die Grundlage unserer Tierproduktion nachzudenken. Wie viel Fleischkonsum ist global betrachtet ökologisch verantwortbar? Wo und wie können die Futtermittel für die Schweine und Rinder in Europa selbst angebaut werden? Ihr Transport aus Übersee allein ist schon klimaschädlich. Aber solange sie auch noch auf ehemaligen Urwaldflächen in Brasilien erzeugt werden, basiert unser Wohlstand auf der Abrodung von Kohlenstoff bindenden Wäldern des Südens. Würden bei uns mehr Eiweißfutterpflanzen angebaut,

würden dort mehr Flächen für die Natur bzw. für die Nahrungsproduktion der lokalen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Fazit: wir brauchen endlich eine Landwirtschaftspolitik, die Verantwortung übernimmt und klare Handlungsrahmen setzt für den Kampf gegen den Klimawandel genauso wie gegen die Armut in der Welt.

Infos zur Anhörung finden Sie hier: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuessel7/a10/anhuerungen/A2222010/Landwirtschaft_u_Klimaschutz/index.html

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Kein Schleusenausbau in Kleinmachnow ohne genauere Prüfung von Diana Golze



© Bärbel Jobst / PIXELIO

Gegen den Widerstand der örtlichen Bevölkerung und der Kommunalpolitik wird kurz nach dem Regierungswechsel in Berlin der Ausbau der Schleuse in Kleinmachnow vorangetrieben, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Dabei ist der Ersatzneubau der Schleuse Kleinmachnow in der vorgesehenen Form mit einer Schleusenlänge von 190 Metern ist höchst umstritten. Es gibt einerseits schwerwiegende ökologische Bedenken, andererseits ist die wirtschaftliche Notwendigkeit äußerst fraglich. Denn dem Bau liegt die Verkehrsprognose von 1995 zugrunde, die auf Zahlen aus der Wendezeit beruht, die vollkommen überzogen sind und schon mehrfach nach unten korrigiert werden mussten. Auch die darauf folgenden Prognosen zei-

gen, dass der Schiffsverkehr deutlich zurückgehen wird.

Darum muss aus unserer Sicht der darin enthaltene Passus, wenn „sich die der Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses zugrunde liegenden Verhältnisse infolge des Vorhabens wesentlich ändern sollten, bleiben weitere Entscheidungen vorbehalten, die erforderlich sind, um eine Beeinträchtigung des Wohles der Allgemeinheit zu verhüten oder auszugleichen“ angewendet werden – denn aus unserer Sicht trifft genau dies zu!

Der Ort, an dem das brandenburgische Problem gelöst werden kann, ist der Bundestag. Darum fordert die DIE LINKE im Bundestag in einem Änderungsantrag zum Haushaltsplan die Bundesregierung auf, umgehend die Ausschreibung für den Ersatzneubau zu stoppen und

im Haushaltsausschuss des Bundestages vergleichende Untersuchungen für die verschiedenen möglichen Ausbaulängen vorzunehmen.

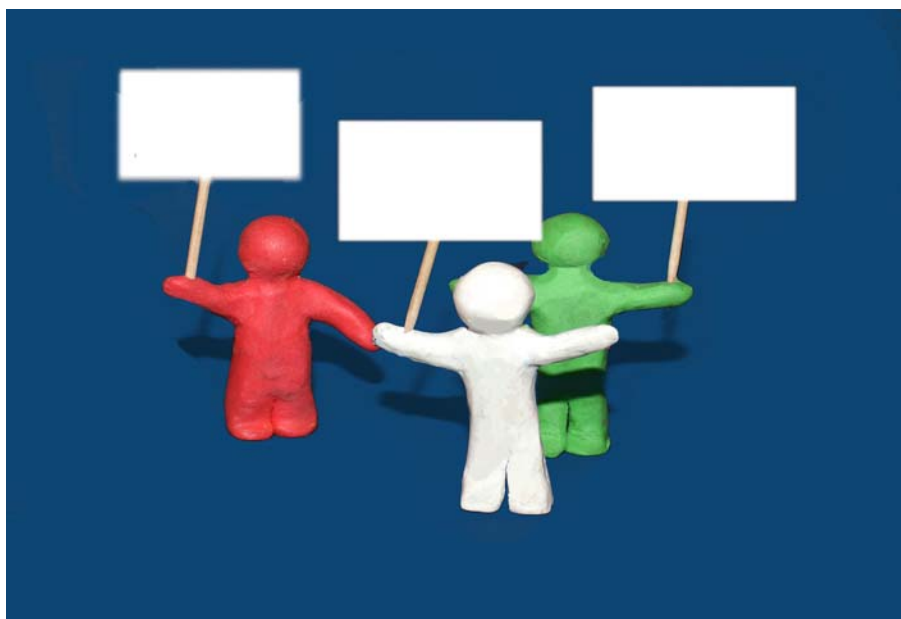
Bemerkenswert ist, dass die FDP gegen eine Sperrung der geplanten Ausgaben in Höhe von 2,3 Mio. € gestimmt hat, während sich FDP-Fraktionschef Hans-Peter Götze auf Landesebene den Gegnern des Schleusenausbaus angeschlossen hatte. Ein derart unabgestimmtes Verhalten wird die Probleme und die vielen offenen Fragen um die Schleuse in Kleinmachnow nicht lösen!

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Unsere Solidarität gehört den Streikenden in Griechenland von Thomas Nord



© Stephanie Hofschlaeger/ PIXELIO

Die derzeitige europäische „Lösung“ für die Krise droht Griechenland völlig in den Ruin zu treiben. Die strengen Sparvorgaben, die eingeforderte Erhöhung des Rentenalters und von Verbrauchssteuern sowie die Kürzung von Löhnen und Gehältern wird nicht nur die Auswirkungen der Krise noch verschärfen, sondern geht ausschließlich zu Lasten von Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern und ärmeren Bevölkerungsschichten. Dieses Schockprogramm wird eine massive Verarmung in Griechenland zur Folge haben, die Binnennachfrage wird abgewürgt.

Die schwierige Lage in Griechenland wird in der deutschen Berichterstattung genutzt, um Vorurteile zu aktivieren. Die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands werden als »statistische Serienlügen«

diffamiert und der »liederlichen Politik« bezichtigt. Sie lebten angeblich in einem »Schlaraffenland«, von dem es nun »Abschied« zu nehmen gelte. Tatsächlich steht Griechenland mit seinen Schwierigkeiten aber gar nicht allein dar. Auch Irland, Portugal, Spanien und Italien kämpfen mit überdurchschnittlichen Leistungsbilanzdefiziten.

Auf der anderen Seite häufen die kerneuropäischen Länder, und hier vor allem der langjährige Exportweltmeister Deutschland, enorme Überschüsse an. Diese Ungleichgewichte müssen nicht nur in der Euro-Zone, sondern langfristig innerhalb der EU der 27 beseitigt werden. Die Überschussländer müssen ihre Binnennachfrage deutlich stärken, zugleich haben die Unternehmen dort ihre aggressive Exportstrategie aufzugeben.

Statt die Finanzmärkte zu regulieren und eine Wirtschaftspolitik auf den Weg zu bringen, die Beschäftigung schafft und die Ungleichgewichte im Außenhandel begrenzt, sollen Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte in Griechenland für die falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik in der gesamten Europäischen Union zur Verantwortung gezogen werden. Es kann nicht sein, dass jetzt die Beschäftigten die Zeche für die Krise in Griechenland zahlen sollen. Nur wenn sich die Lohnabhängigen in den verschiedenen europäischen Ländern nicht länger gegeneinander in „Standortfragen“ ausspielen lassen, kann es eine Wende hin zu einem anderen, besseren Europa geben.

<http://www.jungewelt.de/2010/02-24/028.php>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/165716.solidaritaet-mit-streik-in-griechenland.html>

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Beiderseits der Oder: Nationalpark und die Planung eines Atomkraftwerkes

von Sabine Stüber



© Burghart Prew/ PIXELIO

In unmittelbarer Nachbarschaft zum Nationalpark Unteres Odertal hat sich die polnische Grenzstadt Gryfino als Standort für den Bau eines der drei in Polen geplanten Atomkraftwerke beworben. Aus unserer Sicht unvorstellbar, aber es sind mehrere polnische Gemeinden, die sich um das Atomkraftwerk bewerben, in der trügerischen Hoffnung auf Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Menschen auf der deutschen Seite der Oderregion laufen dagegen Sturm. Nicht nur wegen der verheerenden Folgen für den gerade aufblühenden Tourismus im Nationalpark. Lange Jahre hemmten regionale Konflikte zur Landnutzung die touristische Entwicklung. Nein, die Bevölkerung ist sich auch der Aus-

wirkungen auf die Landschaft und der möglichen Gefahren bei einem Störfall bewusst. Atomkraft bietet keine zukunftsfähige Lösung für die Energieversorgung. Auch das Argument des CO₂-freien Betriebs und der damit klimafreundlichen Energieerzeugung lässt sich nicht halten. Im gesamten Prozess der Uranverarbeitung vom Erz bis hin zum Brennelement – einschließlich der Entsorgung bis hin zur Endlagerproblematik – entstehen erhebliche Mengen von Treibhausgasen. Wir als LINKE stehen zum gesetzlich festgeschriebenen Atomausstieg Deutschlands und treten konsequent für die Entwicklung und den Ausbau regenerativer Energien als langfristige Perspektive der Stromversorgung in ganz Europa ein. Im Unteren Odertal setzt man

schon seit Jahren auf regenerative Energien. Auch die polnische Bevölkerung steht offensichtlich nicht mehrheitlich hinter den Plänen ihrer Regierung und Kommunalvertretern. Die LINKE unterstützt den Widerstand der Initiative AFLUM gegen den Bau des Atomkraftwerkes vor Ort. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden bundespolitischen Instrumente nutzen. Diese Woche haben wir damit begonnen, denn bis zum Herbst diesen Jahres soll die Standortfrage auf polnischer Seite entschieden sein. Die Antwort auf meine Frage, wie die Bundesregierung hier die deutsche Interessen wahren will, war ausgesprochen nichtssagend. Wir bleiben dran.

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Mich brauchen Sie nicht zu bezahlen.

von Dagmar Enkelmann



© Arno Bachert/ PIXELIO

Ich bin unbezahlbar, aber nicht käuflich. Im Ernst: Gemessen an Nebeneinnahmen von mehreren hunderttausend Euro, die der Abgeordnete Westerwelle in der letzten Wahlperiode erzielte, gemessen an der dubiosen Spendenpraxis von FDP und Union ist die Hartz-IV-Debatte, wie sie von dieser Seite geführt wird, die pure Heuchelei. Aber offenkundig ist Westerwelle gewillt, die FDP auf neuen Kurs zu bringen und nimmt Anleihen beim österreichischen Rechtspopulisten Haider. Das ist eine wirklich gefährliche Entwicklung.

Nur dank der Initiativen der LINKEN und der Grünen stand Hartz IV in den letzten beiden Sitzungswochen auf der Tagesordnung des Bundestages. DIE LINKE hält sich dabei strikt an das Urteil des

Bundesverfassungsgericht, dass jedem Menschen in der Bundesrepublik ein menschenwürdiges Existenzminimum und ein Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft zusteht.

Deswegen habe ich auch nachgefragt, wie bindend die von der Arbeitsagentur vorgegebene Liste für Sonderbedarfe bei ALG-II-Bezug ist. Und siehe da: Die Bundesregierung musste einräumen, dass die Härtefall-Liste keineswegs abschließend ist und es immer von einer Einzelfallprüfung abhängt, ob ein Härtefall vorliegt.

Für DIE LINKE reichen kosmetische Korrekturen bei Hartz IV nicht aus. Der Antrag der LINKEN geht denn auch deutlich darüber hinaus.

Wir wollen eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung. In dieser Wahlperiode soll dazu der Regelsatz auf 500 Euro steigen. Und damit auch jeder, der arbeitet, menschenwürdig leben kann, strebt DIE LINKE im selben Zeitraum 10 Euro Mindestlohn an. Um Altersarmut zu verhindern, müssen die Rentenbeiträge für ALG-II-Bezieher deutlich steigen, desgleichen das Schonvermögen auf 20 000 Euro. Arbeit will DIE LINKE mit einem umfassenden Investitions- und Beschäftigungsprogramm schaffen. Auch dazu hat die Fraktion bereits Anträge vorgelegt. Denn auch DIE LINKE möchte, dass jeder, der will und kann, sich sein Auskommen selbst verdienen kann. Menschenwürdige Arbeit ist für DIE LINKE ein Grundrecht.

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Wolfgang Nešković

Pressemitteilung:

Staatlich organisierte Nachsicht:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1207158064>

Abgeordnete stimmen für Krieg:

<http://www.wolfgangneskovic.de/artikel/suedbrandenburger-abgeordnete-stimmen-krieg>

Thomas Nord

Pressemitteilung:

Easyjet:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1227547462>

Keine weitere Gewässerprivatisierung:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1252957736>

Dagmar Enkelmann

Pressemitteilungen:

Auch Bus und Tram elektromobil gefördert:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/1._Quartal/PE_Elektromobilitaet.pdf

Härtefall-Listen nicht abschließend:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2010/1._Quartal/PE_Haertefaeelle.pdf

Schriftliche Frage:

OECD-Vergleich:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Anfragen/2009/Quartal_3/AntwortOECD.pdf

Härtefallregelung bei Hartz IV:

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Anfragen/2009/Quartal_3/AntwortHaertefaeelle.pdf

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

Diana Golze

Pressemitteilungen:

Westerwelles soziale Brandstiftung:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/diw-liefert-daten-fuer-westerwelles-soziale-brandstiftung/>

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010:

<http://www.diana-golze.de/politik/news/detail/zurueck/aktuelles/artikel/wettbewerb-bundeshauptstadt-im-klimaschutz-2010/>



Kirsten Tackmann

Pressemitteilung:

Agrar Haushalt:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3123621.html>

Leserbrief Kyritzer Tageblatt der MAZ 15. Februar:

<http://www.kirsten-tackmann.de/bundestag/fraktion/agrarpol/3131098.html>

Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3135868.html>

Diätenerhöhung an Feuerwehr in Elstal:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3138605.html>

Erklärung zur Afghanistan Abstimmung:

<http://www.kirsten-tackmann.de/index/presse/3138600.html>

Rede:

Wasser ist kostbarste Ressource:

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1327164044>

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



info@

Rückblick auf die Sitzungswoche

info@

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Benachteiligung von Frauen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774275647_1700696.pdf

Bund der Vertriebenen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7702545200_1700684.pdf

EU-Grenzschutzagentur FRONTEX:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7744905059_1700685.pdf

Reformbedarfs des Kinderzuschlags:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784416388_1700686.pdf

Erinnerung und Gedenken der Armenier 1915:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746112288_1700687.pdf

Migrationsabkommen mit Ghana:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721297549_1700688.pdf

Arzneimittelpreisbildung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730839554_1700689.pdf

Entwicklung des Kormoranbestandes:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7775219376_1700694.pdf

Breitbandversorgung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7707286488_1700695.pdf

Unterstützung für Haiti:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752580204_1700697.pdf

Lohndumping:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714513474_1700739.pdf

Nachmeldungen PMK-rechts:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705412625_1700744.pdf

Restrukturierungspläne für General Motors:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7783439079_1700741.pdf

Reformbedarfs des Kinderzuschlags:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736492976_1700742.pdf

Gefährdung öffentlich geförderter Beschäftigung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748443511_1700743.pdf

Internationales Krisenmanagement in Haiti:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797724140_1700746.pdf

Anzahl der Straf- und Ermittlungsverfahren:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721176592_1700753.pdf

Klage von Vattenfall:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797819996_1700754.pdf

Gentechnisch veränderte Amflora—Kartoffel:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7786149379_1700755.pdf

Asylbewerberleistungsgesetz:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714846208_1700745.pdf

Bekämpfung der Kreditklemme:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7796987953_1700761.pdf



BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



info@

Rückblick auf die Sitzungswoche

info@

Parlamentarische Initiativen der LINKEn dieser Sitzungswoche

Kleine Anfragen:

Profiteure der Bankenrettung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704435697_1700762.pdf

Arbeit der Sicherheitsbehörden anlässlich des NATO– Gipfels:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7709218239_1700763.pdf

Anträge:

Haiti:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7755390715_1700774.pdf

Gesetzliche Krankenkasse für Selbstständige:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771807163_1700777.pdf

Datenschutz für Beschäftigte:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798553521_1700779.pdf

Private Kranken– und Pflegeversicherung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740037613_1700780.pdf

Kommunalfinanzen:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756152523_1700783.pdf

Bleiberecht der Roma aus dem Kosovo:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728256400_1700784.pdf

Kooperationsverbot in der Bildung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791138247_1700785.pdf

Pressemitteilung der Fraktion:

Solidarität mit den Streikenden in Griechenland:

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1234132656>

Afghanistan Abstimmung:

http://www2.kirstentackmann.de/uploads/2010_02_26_afghanistan_abstimmung.pdf

Gute Arbeit – Gutes Leben

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
 I M B U N D E S T A G

info @

Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

Übersicht der Namentlichen Abstimmung am 26.02.2010

ISAF (Afghanistan)

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen;

Drs.: 17/654 und 17/816

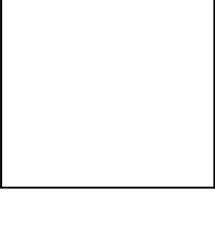
Fraktion	Für die Truppenerhö- hung	Gegen die Truppenerhö- hung	Enthaltung	Keine Teilnahme
CDU/CSU	226	2	0	11
SPD	113	16	8	9
FDP	82	1	3	7
LINKE	0	71	0	5
B90/Grüne	8	21	35	4
Gesamt	429	111	46	36

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Frankfurt (Oder)	Fürstenwalde
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Thomas.Nord@bundestag.de http://www.thomas-nord.de/	Zehmeplatz 11 15230 Frankfurt (Oder) 03 35 / 500 17 65 / 66	Schlossstraße 7 16617 Fürstenwalde
	Beeskow		
	Mauerstraße 27 15848 Beeskow		
	Deutscher Bundestag	Kyritz	Neuruppin
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Kirsten.Tackmann@bundestag.de http://www.kirsten-tackmann.de	Wilsnacker Strasse.1 16866 Kyritz 03 39 71 / 32 85 7	Schinkelstr.13 16816 Neuruppin 0 33 91 / 65 54 20
	Wittstock	Pritzwalk	Perleberg
	<u>mit Dieter Groß MdL</u> Burgstr. 27 16909 Wittstock 0 33 94 / 40 24 60	Marktstr.42 16928 Pritzwalk 0 33 95 / 30 24 92	<u>mit Thomas Domres MdL</u> Bäckerstr. 21 19348 Perleberg 0 38 76 / 61 68 40
	Deutscher Bundestag	Rathenow	Brandenburg
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Diana.Golze@bundestag.de http://www.diana-golze.de	Märkischer Platz 2 14712 Rathenow 0 33 85 / 49 45 21	Altstädtischer Markt 2 14770 Brandenburg 0 33 81 / 21 17 89
	Potsdam-Mittelmark	Teltow-Fläming	
	Straße der Einheit 53 14806 Belzig 0 33 841 / 43 89 0	Große Straße 62 14913 Jüterbog 0 33 72 / 43 26 91	

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG



Kontakt:

	Deutscher Bundestag	Eberswalde	Prenzlau
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Sabine.Stueber@bundestag.de http://www.sabine-stueber.de/	Breite Str. 46 16225 Eberswalde 0 33 34 / 38 51 55	Diesterwegstr.1 17291 Prenzlau 0 39 84 / 86 21 86 2
	Deutscher Bundestag	Cottbus	
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Wolfgang.Neskovic@bundestag.de http://www.wolfgang-neskovic.de/	Str. d. Jugend 114 03046 Cottbus 03 55 / 78 42 35 0	
	Deutscher Bundestag	Strausberg	Bernau
	Platz der Republik 1 11011 Berlin Dagmar.Enkelmann@bundestag.de http://www.dagmar-enkelmann.de	Wallstr. 8 15344 Strausberg 0 33 41 / 30 39 84	Berliner Straße 17 16321 Bernau b. Berlin 0 33 38 / 45 95 43